

Alexander Bohn

Zinsschranke und Alternativmodelle zur Beschränkung des steuerlichen Zinsabzugs

GABLER RESEARCH

Forschungsreihe
Rechnungslegung und Steuern



Herausgegeben von
Professor Dr. Norbert Herzig,
Universität zu Köln
Professor Dr. Christoph Watrin,
Universität Münster

Alexander Bohn

Zinsschranke und Alternativmodelle zur Beschränkung des steuerlichen Zinsabzugs

Mit einem Geleitwort von Prof. Dr. Norbert Herzig



RESEARCH

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der
Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über
<<http://dnb.d-nb.de>> abrufbar.

Dissertation Universität zu Köln, 2009

1. Auflage 2009

Alle Rechte vorbehalten

© Gabler | GWV Fachverlage GmbH, Wiesbaden 2009

Lektorat: Claudia Jeske | Anita Wilke

Gabler ist Teil der Fachverlagsgruppe Springer Science+Business Media.

www.gabler.de



Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlags unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Die Wiedergabe von Gebrauchsnamen, Handelsnamen, Warenbezeichnungen usw. in diesem Werk berechtigt auch ohne besondere Kennzeichnung nicht zu der Annahme, dass solche Namen im Sinne der Warenzeichen- und Markenschutz-Gesetzgebung als frei zu betrachten wären und daher von jedermann benutzt werden dürften.

Umschlaggestaltung: KünkelLopka Medienentwicklung, Heidelberg

Gedruckt auf säurefreiem und chlorfrei gebleichtem Papier

Printed in Germany

ISBN 978-3-8349-1882-6

Geleitwort

In zahlreichen Jurisdiktionen sind in den letzten Jahren Vorschriften zur Beschränkung des steuerlichen Zinsabzugs eingeführt oder grundlegend reformiert worden. Dabei ist festzustellen, dass sich die Regelungen in zahlreichen Staaten vom ehemals vorherrschenden Ausgangspunkt der Gesellschafter-Fremdfinanzierung gelöst haben. In zunehmendem Maße werden allgemein bestimmte Finanzierungsverhältnisse unabhängig von der Stellung des Darlehensgebers zur fremdfinanzierten Gesellschaft erfasst. Dem internationalen Trend zur Neuausrichtung nationaler Zinsabzugsbeschränkungen folgend hat der deutsche Gesetzgeber im Rahmen der Unternehmensteuerreform 2008 eine Zinsschranke (§ 4h EStG i. V. m. § 8a KStG) geschaffen und damit in mehrfacher Hinsicht steuersystematisches Neuland betreten. Von besonderer Bedeutung ist hierbei die Abkehr von dem bisherigen Tatbestandsmerkmal der Relation zwischen Gesellschafterfremdkapital und Eigenkapital und die Hinwendung zur Relation zwischen dem Zinssaldo und einer Ergebnisgröße (steuerliches EBITDA) in Kombination mit Ausnahmetatbeständen, deren Aufgabe darin besteht, die Zielgenauigkeit der gesetzlichen Regelung zu verbessern.

Vor diesem Hintergrund wird von Herrn Bohn mit der vorliegenden Arbeit, die von der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät der Universität zu Köln als Dissertation angenommen wurde, eine sehr anspruchsvolle doppelte Zielsetzung verfolgt. Einmal wird in einer Untersuchung *de lege lata* die Neuregelung in ihren Anwendungsvoraussetzungen und Steuerwirkungen analysiert. Daneben wird die Zinsschranke mit Alternativmodellen einer Zinsabzugsbeschränkung verglichen, die in anderen Staaten Anwendung finden. Dieser Vergleich wird zu einer Beurteilung der Tauglichkeit der Zinsschranke und ihrer Ausnahmetatbestände herangezogen.

Im Rahmen des sehr interessanten und innovativen Vergleichs der nationalen Zinsabzugsbeschränkungen in den Mitgliedstaaten der Europäischen Union und ausgewählten Drittstaaten beschränkt sich die Untersuchung nicht ausschließlich auf eine Darstellung dieser Vorschriften, sondern umfasst darüber hinaus auch eine eigenständige Systematisierung nach Maßgabe des verfolgten Tatbestands- und Rechtsfolgenkonzepts. Diese sehr leistungsfähige Systematisierung in die drei grundlegenden Modelle des Verschuldungsgrads, der Ergebnisgrenze und der Aktivagrenze wird durch weitere Differenzierungen verfeinert und bildet die Grundlage für eine umfassende und sehr instruktive Analyse der Leitgedanken und ökonomischen Wirkungen der verschiedenen Modelle. Der Schwerpunkt der Überlegungen liegt insbesondere auf dem Modell der Ergebnisgrenze, da es in Deutschland durch die Einführung der Zinsschranke erst kürzlich umgesetzt worden ist und darüber hinaus auch international in den letzten Jahren ein Trend zur Einführung dieses Modells zu erkennen ist. Die gesamte Problematik

der Ergebnisgrenze wird daher am Beispiel der deutschen Zinsschrankenregelung ausführlich diskutiert.

Darüber hinaus werden in der vorliegenden Arbeit die zahlreichen aus der Einführung der Zinsschranke resultierenden Auslegungsfragen dargestellt und diskutiert. Herr Bohn zeigt in überzeugender Weise und unter Nachweis höchster Detailkenntnis seine Fähigkeit, praktikable und systematisch überzeugende Lösungsansätze zu finden. Er verdeutlicht zudem, welche Ungereimtheiten der Regelung nicht im Wege der Auslegung behoben werden können und daher einer gesetzgeberischen Überprüfung unterzogen werden sollten.

Herr Bohn greift in der vorliegenden Arbeit ein in der internationalen steuerpolitischen Diskussion außerordentlich relevantes Problem auf, welches durch neuere Entwicklungen gekennzeichnet ist. Dank seiner großen Souveränität im Umgang mit der komplexen Zinsschrankenregelung gelingt es dem Verfasser nicht nur, wichtige Impulse für die Lösung von zahlreichen Streitfragen im Schrifttum zu geben, sondern auch die ökonomischen Wirkungen der Regelungen herauszuarbeiten und zu quantifizieren. Für beide Bereiche ist festzuhalten, dass die Ergebnisse über die bisher vorhandenen Erkenntnisse hinausgehen. Die vorliegende Arbeit von Herrn Bohn weist damit einen außerordentlich hohen Innovationsgehalt auf und verdient eine große und nachhaltige Beachtung in Wissenschaft, Politik und Unternehmenspraxis. Sie kann sowohl dem Wissenschaftler als auch dem Rechtsanwender gleichermaßen uneingeschränkt empfohlen werden.

Professor Dr. Norbert Herzig

Vorwort

Die vorliegende Arbeit entstand während meiner Tätigkeit am Seminar für Allgemeine Betriebswirtschaftslehre und Betriebswirtschaftliche Steuerlehre der Universität zu Köln und wurde im Februar 2009 von der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät der Universität zu Köln als Dissertation angenommen. Entsprechend stellen die Ausführungen das Ergebnis einer intensiven Auseinandersetzung mit Literatur und Rechtsprechung bis zu diesem Zeitpunkt dar. Soweit dies möglich war, haben darüber hinaus themenrelevante Beiträge aus dem Fachschrifttum sowie jüngste Entwicklungen aus der Gesetzgebung in der Zeit zwischen Annahme und Veröffentlichung der Dissertation ebenfalls Berücksichtigung gefunden.

Ein aufrichtiger und herzlicher Dank gebührt einer Vielzahl von Personen, die mich während des Dissertationsprojekts begleitet haben und mir die notwendige Unterstützung für den erfolgreichen Abschluss haben zukommen lassen. Zunächst danke ich meinem akademischen Lehrer und Doktorvater, Herrn WP/StB Prof. Dr. Norbert Herzig, für den Impuls zu dem Dissertationsthema und für die Gelegenheit, an seinem Lehrstuhl tätig sein und promovieren zu dürfen. Besonders dankbar bin ich ihm für das entgegengebrachte Vertrauen, die hilfsbereite Begleitung des Dissertationsprojekts sowie die hervorragenden Arbeitsbedingungen und Entfaltungsmöglichkeiten am Lehrstuhl. Zudem gilt mein Dank Herrn Prof. Dr. Dieter Hess für die Übernahme und zügige Erstellung des Zweitgutachtens sowie Herrn Prof. Dr. Carsten Homburg für die Leitung der Prüfungskommission.

Zu großem Dank bin ich meinen Kolleginnen und Kollegen am Steuerseminar der Universität zu Köln verpflichtet. Neben der freundschaftlichen und konstruktiven Arbeitsatmosphäre wird mir vor allem der unkomplizierte und humorvolle Umgang miteinander stets in bester Erinnerung bleiben. Namentlich hervorheben möchte ich an dieser Stelle Herrn Dr. Thomas Wagner und Herrn Dipl.-Kfm. Arne Götsch für die überaus schöne gemeinsame Zeit in einem Büro, den wertvollen Austausch zu unseren Dissertationsprojekten und ganz besonders für die zahlreichen bereichernden Diskussionen über Themen abseits der Steuerwissenschaften (Gesellschaft, Geschichte, Philosophie, Fußball, Kultur etc.). Daneben danke ich Frau Dipl.-Kff. Maja Hüsch und Herrn Dipl.-Kfm. Gunnar Fritz für wertvolle Anregungen im Zusammenhang mit der Konzernklausel bzw. den konzeptionellen Überlegungen zu den Zinsabzugsbeschränkungsmodellen. Weiterer Dank geht an die studentischen Hilfskräfte des Lehrstuhls für die Beschaffung der umfangreichen Literatur.

Mein ganz herzlicher Dank gilt meiner Mutter Ilse Bohn und Herrn Wolfgang Steinbach, die mich auf meinem bisherigen Lebensweg in jeglicher Hinsicht tatkräftig unterstützt und mir stets den notwendigen Rückhalt gegeben haben. In ihrer aufopferungsvollen Hingabe für mei-

ne Geschwister und mich ist mir speziell meine Mutter Kraftquelle und Vorbild zugleich. Ihr möchte ich diese Arbeit in der Hoffnung widmen, dass ich ihr – nicht nur auf diese Weise – wenigstens ein kleines Stück von dem zurückgeben kann, was sie in meinem Leben Gutes für mich vollbracht hat.

Ein ganz besonderer Dank geht an meine Lebensgefährtin Frau Dipl.-Kff. Katrin Gerlach, die mir durch ihre lebenslustige und liebevolle Art stets ein außerordentlich hohes Maß an Rückhalt und Geborgenheit gegeben und auch in Phasen hoher zeitlicher und nervlicher Belastung größtes Verständnis für meine Situation und Stimmungslagen an den Tag gelegt hat. Eine sehr große Hilfestellung und Beruhigung war es für mich, dass sie mir für fachliche Diskussionen jederzeit kompetent und selbst dann mit beeindruckender Selbstverständlichkeit zur Verfügung stand, wenn ich meine Gedanken rund um die Dissertation in unsere Freizeit und damit in unser Privatleben getragen habe. Den größten Beitrag zum erfolgreichen Abschluss der Dissertation hat sie indes dadurch geleistet, dass es mich mit Glück erfüllt, sie an meiner Seite zu wissen, wofür ich ihr in Liebe dankbar bin.

Herr Bundespräsident Horst Köhler hat in seiner Rede anlässlich der Verleihung des Max-Weber-Preises für Wirtschaftsethik am 27. Mai 2008 in Berlin in beeindruckender Weise das Leitbild des ehrbaren Kaufmannes gezeichnet: „Er [der ehrbare Kaufmann] zeichnet sich durch grundlegende Tugenden aus wie Ehrlichkeit, Vorsicht, die Wahrung von Geschäftsgeheimnissen, Wagemut im richtigen Moment, Friedensliebe, Ernsthaftigkeit, Höflichkeit, Klugheit, Ordnung und eine gute Erziehung – also eine Erziehung, die nicht nur Wissen vermittelt, sondern auch Werte.“ In diesem Sinne empfinde ich die Möglichkeit zur Anfertigung der vorliegenden Arbeit und die Verleihung des Doktorgrades durch die Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Fakultät der Universität zu Köln nicht nur als Ehre, sondern auch als persönliche Verpflichtung.

Alexander Bohn

Inhaltsverzeichnis

Geleitwort.....	V
Vorwort	VII
Abkürzungsverzeichnis	XXI
Abbildungsverzeichnis	XXVII
Formelverzeichnis	XXIX
Tabellenverzeichnis.....	XXXI
Verzeichnis verwendeter Variablen	XXXIII
Teil I Grundlagen der Untersuchung.....	1
A. Einführung	1
I. Problemstellung	1
II. Untersuchungsgegenstand.....	4
III. Untersuchungsziel.....	6
IV. Untersuchungsaufbau.....	9
B. Steuerliche Anreize zur Unterkapitalisierung.....	10
I. Freiheit zur Wahl der Finanzausstattung eines Unternehmens	10
II. Fehlende Finanzierungsneutralität der Unternehmensbesteuerung	12
III. Internationales Steuersatzgefälle	14
C. Idealtypische Erscheinungsformen der Unterkapitalisierung.....	17
I. Gesellschafter-Fremdfinanzierung.....	17
II. Fremdfinanzierung zum ausländischen Anteilswerb.....	20
III. Einsatz ausländischer Konzernfinanzierungsgesellschaften.....	22
D. Prognostizierbarer Fortbestand nationaler Unterkapitalisierungsregelungen.....	26
I. Fiskalische Problemfälle als Folgen rechtspolitischer Grundentscheidungen.....	26
II. Innergemeinschaftlicher Koordinierungs- oder Harmonisierungsbedarf	27
III. Zielkonflikt hinsichtlich der Ausgestaltung nationaler Unterkapitalisierungsregelungen	30
IV. Einführung der Zinsschranke (§ 4h EStG i. V. m. § 8a KStG).....	33
Teil II Rechtliche und wirtschaftliche Vorgaben.....	35
A. Rechtliche Vorgaben	35
I. Verfassungsrechtliche Vorgaben	35
1. Leistungsfähigkeitsprinzip als Fundamentalprinzip der Besteuerung.....	35
2. Objektives Nettoprinzip	38
3. Konsequenzen für die Ausgestaltung von Zinsabzugsbeschränkungen.....	41
(a) Missbrauchsbekämpfung versus Fiskalinteresse	41

(b) Vereinfachung und Typisierung	43
(c) Weitgehende Gestaltungsfreiheit des Gesetzgebers	44
II. Vorgaben des Abkommensrechts	44
1. Vereinbarkeit mit Art. 9 Abs. 1 OECD-MA	45
(a) Grundsätzliche Schrankenwirkung	46
(b) Zweifel an der Schrankenwirkung bei Ergebnisgrenzen	46
2. Diskriminierungsverbot des Art. 24 OECD-MA	48
(a) Anwendungsbereich des Art. 24 Abs. 4 OECD-MA	49
(b) Anwendungsbereich des Art. 24 Abs. 5 OECD-MA	51
III. Vorgaben des Europäischen Gemeinschaftsrechts	51
1. Grundfreiheiten des EG-Vertrags	53
(a) Schutzbereich einschlägiger Grundfreiheiten	54
(i) Niederlassungsfreiheit	54
(ii) Kapitalverkehrsfreiheit	57
(iii) Konkurrenzverhältnis von Niederlassungs- und Kapitalverkehrsfreiheit	59
(iv) Konsequenzen für die Ausgestaltung von Zinsabzugsbeschränkungen	63
(b) Diskriminierungs- und Beschränkungsverbot	64
(c) Mögliche Rechtfertigungsgründe	68
(i) Kohärenz des innerstaatlichen Steuersystems	70
(ii) Wirksamkeit der steuerlichen Kontrolle	71
(iii) Gefahr einer doppelten Verlustberücksichtigung	72
(iv) Verhinderung von Steuerumgehungen/Gefahr der Steuerflucht	73
(v) Ausgewogene Aufteilung der Besteuerungsbefugnis zwischen den Mitgliedstaaten	76
(d) Maßstab des Verhältnismäßigkeitsgrundsatzes	80
2. Beihilferecht	80
(a) Beihilfeverbot nach Art. 87 Abs. 1 EG	80
(b) Tatbestandsvoraussetzungen unzulässiger Beihilfen	82
(c) Maßgeblichkeit der Selektivität für steuerliche Maßnahmen	84
(d) Konsequenzen für die Ausgestaltung von Zinsabzugsbeschränkungen	84
3. Zins- und Lizenzgebühren-Richtlinie	85
(a) Grundsatz	85
(b) Einschränkungen des Anwendungsbereichs der Richtlinie	86
(i) Ausschluss bestimmter Zinszahlungen aufgrund Art. 4 ZLRL	86
(ii) Nichtanwendung der Richtlinie wegen Missbrauchsbekämpfung (Art. 5 ZLRL)	88
(c) Möglicher Richtlinienverstoß einer Zinsabzugsbeschränkung	90

(i) Keine Einschränkung der Befreiung auf das empfangende Unternehmen	90
(ii) Zinsabzugsbeschränkung keine Steuer im Sinne der Richtlinie	91
(iii) Unterschiedliche Anknüpfungspunkte von Zinsabzugsbeschränkung und Richtlinie	94
(iv) Systematische Einwände gegen Verstoß	94
(v) Bedeutung von Zinsvorträgen	95
(d) Konsequenzen für die Ausgestaltung einer Zinsabzugsbeschränkung	96
B. Wirtschaftliche Vorgaben	96
I. Steigerung der Allokationseffizienz	96
II. Finanzierungsneutralität	97
III. Vermeidung von Doppelbelastungen	99
1. Problematik der Doppelbelastung	99
2. Europarechtliche Gesichtspunkte	100
3. Ökonomische Zielvorstellung	101
IV. Steuerpolitische Zielsetzungen	102
1. Verhinderung missbräuchlicher und/oder ungerechtfertigter Finanzierungen	102
(a) Abgrenzung der Verhaltensmuster	102
(b) Mangelnde Überschneidungsfreiheit der Zielsetzungen	104
(c) Konsequenzen für die Ausgestaltung von Zinsabzugsbeschränkungen	104
2. Anreize zur Ergebnisverlagerung ins Inland	106
3. Verhinderung von Ausweichmaßnahmen durch die Steuerpflichtigen	106
V. Rechts- und Planungssicherheit	107
VI. Beeinflussung der Standortattraktivität	108
1. Steuerwettbewerb in der EU	108
2. Einfluss von Zinsabzugsbeschränkungen auf die Standortattraktivität	110
Teil III Internationale Vorschriften zur Zinsabzugsbeschränkung	111
A. Überblick	111
B. Belgien	114
I. Umqualifizierung bei bestimmten Gesellschafter- und Geschäftsführerdarlehen	114
II. Abzugsbeschränkung bei bestimmten Auslandsbeziehungen	115
C. Dänemark	115
I. Fremdkapital-/Eigenkapital-Relation	116
1. Anwendungsbereich	116
2. Abzugsbeschränkung	117
II. Standardverzinsung des Aktivvermögens	118
III. Ergebnisgrenze	120
D. Frankreich	121

I.	Angemessenheitsprüfungen	121
II.	Zinsabzugsbeschränkung	123
1.	Anwendungsbereich	123
2.	Grenzen für die steuerliche Abzugsfähigkeit	124
(a)	Gesellschafterfremdkapital-/Eigenkapital-Relation	124
(b)	Verhältnis zum laufenden Ergebnis	125
(c)	Gesamtbetrag der von verbundenen Unternehmen erhaltenen Zinsen	125
3.	Rechtsfolgen	126
4.	Ausnahmetatbestände	127
(a)	Kreditinstitute, Leasinggesellschaften und Cash-Pool-Systeme	127
(b)	Konzernverschuldungsgrad	127
5.	Sonderregelungen im Organkreis	129
E.	Italien	130
I.	Grundtatbestand der Zinsschranke	130
II.	Definition der Zinsaufwendungen und -erträge im Sinne der Zinsschranke	132
III.	Zinsvortrag und Vortrag nicht genutzten Zinsabzugspotentials	132
IV.	Sonderregelungen für Unternehmensgruppen	133
F.	Niederlande	133
I.	Angemessenheitsprüfungen	134
II.	Zinsabzugsbeschränkung	135
1.	Persönlicher Anwendungsbereich	135
2.	Kreis der relevanten Fremdkapitalgeber	135
3.	Grenzen für die steuerliche Abzugsfähigkeit	136
(a)	fixed ratio test	136
(b)	group ratio test	139
G.	Portugal	141
I.	Angemessenheitsprüfungen	141
II.	Zinsabzugsbeschränkung	142
H.	Spanien	143
I.	Vereinigtes Königreich	143
J.	Mittel- und osteuropäische EU-Mitgliedstaaten	144
I.	Bulgarien	144
II.	Lettland	145
III.	Litauen	146
IV.	Polen	147
V.	Rumänien	148
VI.	Slowakei	148
VII.	Slowenien	149
VIII.	Tschechische Republik	149

IX. Ungarn.....	151
K. Schweiz.....	152
L. USA	153
I. Earnings Stripping Rules (IRC sec. 163(j))	154
II. Treasury Proposal vom 03.02.2003	155
Teil IV Untersuchung alternativer Modelle zur Zinsabzugsbeschränkung	157
A. Systematisierung der internationalen Vorschriften zur Zinsabzugsbeschränkung.....	157
B. Verschuldungsgrad (Fremd-/Eigenkapitalverhältnis).....	162
I. Konzeption des Verschuldungsgrads.....	163
1. Abgrenzung des relevanten Fremd- und Eigenkapitals auf der Tatbestandsebene	163
2. Abgrenzung der relevanten Zinsaufwendungen auf der Rechtsfolgenebene	164
3. Systematische Überlegungen	166
(a) Leitgedanken der verschiedenen Konzeptionen	167
(b) Bewertung der Indizwirkung für Missbräuchlichkeit.....	169
(c) Globaler Verschuldungsgrad mit Abgrenzungsinkongruenz.....	170
II. Ermittlung eines angemessenen Fremd-/Eigenkapitalverhältnisses	173
1. Theoretische Begründungsschwierigkeiten.....	174
2. Rentabilitäts Gesichtspunkte.....	175
3. Empirische Bestimmungsmöglichkeiten.....	178
(a) Statistik der Deutschen Bundesbank	179
(i) Datenmaterial und statistische Aufbereitung	179
(ii) Empirischer Befund	180
(b) Branchenrating der DATEV eG	185
4. Dynamisches Fremd- zu Eigenkapitalverhältnis.....	187
5. Bewertungsfragen.....	188
6. Ermittlungszeitpunkt	190
C. Ergebnissgrenze am Beispiel der Zinsschranke nach § 4h EStG.....	192
I. Grundkonzeption und -tatbestand	192
1. Grundkonzeption der Ergebnissgrenze	192
2. Grundtatbestand des § 4h Abs. 1 S. 1 EStG.....	193
II. Persönlicher Anwendungsbereich.....	195
III. Sachlicher Anwendungsbereich.....	197
1. Abgrenzung des Kreises der relevanten Fremdkapitalgeber.....	197
(a) Differenzierung zwischen Gesellschafter und Nichtgesellschafter	197
(b) Differenzierung nach Ansässigkeit des Fremdkapitalgebers.....	198
(i) Europarechtlicher Gestaltungsspielraum	198
(ii) Abkommensrechtliche Restriktionen.....	199

(c) Ausgestaltungsalternativen	200
2. Abgrenzung der relevanten Zinsaufwendungen und -erträge	201
(a) Grundsätze	201
(b) Fiktive Zinserträge und -aufwendungen bei verdeckter Gewinnausschüttung	202
(i) Verdeckte Gewinnausschüttung in einer unmittelbaren Beteiligungsstruktur	202
(ii) Verdeckte Gewinnausschüttung in einem Dreiecksverhältnis	203
(c) Zinsaufwendungen einer Personengesellschaft an ihre Gesellschafter (Sondervergütungen)	204
3. Exkurs: Abkommensrechtliche Sonderbehandlung bestimmter gewinnabhängiger Vergütungen	206
(a) Erweitertes bzw. unbeschränktes Quellenbesteuerungsrecht bei Abzugsfähigkeit der Vergütungen beim Schuldner	206
(b) Auswirkungen des Systemwechsels zu einem (partiellen) Betriebsausgabenabzugsverbot	208
(c) Abkommenspolitische Überlegungen	209
IV. Bezugsgröße und Höhe der Zinsschranke	210
1. Bezugsgröße	210
2. Höhe der Zinsschranke	213
(a) Funktion einer Demarkationslinie für die Finanzstruktur	213
(b) Herleitung und Ermittlung der unterstellten Mindesteigenkapitalquote	214
(i) Herleitung der unterstellten Mindesteigenkapitalquote	214
(ii) Ermittlung der unterstellten Mindesteigenkapitalquote	215
(c) Wirkungsbereiche verschiedener Konzeptionen einer Ergebnisgrenze und eines Verschuldungsgrads	219
(i) Verschuldungsgrad	220
(ii) Ergebnisgrenzen	220
(iii) Vergleich am Beispiel von § 8a KStG a. F. und § 4h EStG	222
(d) Implikationen für die Anreizwirkung zur Ergebnisverlagerung ins Inland	224
V. Zinsvortrag	226
1. Systematik	226
2. Nutzung des Zinsvortrags	226
(a) Unterschreiten der 30 %-Grenze	227
(b) Inanspruchnahme eines Ausnahmetatbestands	227
(i) Zusammenwirken mit der Freigrenze	227
(1) Verwerfungen infolge wortlautgetreuer Auslegung des § 4h Abs. 1 S. 3 EStG	227

(2) Entkoppelung des Zinsvortrags von der Freigrenze als Ausgestaltungsalternative.....	228
a) Regelungsbedarf hinsichtlich der Nutzung des Zinsvortrags	229
b) Reformvorschlag.....	230
(ii) Anwendbarkeit eines anderen Ausnahmetatbestands	232
3. Belastungswirkungen in Abhängigkeit von der Nutzung des Zinsvortrags.....	233
(a) Vollumfängliche Nutzung	234
(b) Ratierliche Nutzung.....	236
4. Interdependenzen mit der Verlustverrechnung	237
(a) Mögliche Kompensation der Zinsabzugsbeschränkung durch Verlustabzug.....	237
(b) Zusammenwirken von Zins- und Verlustvortrag.....	237
(c) Maßnahmen zur Beseitigung der Interdependenzen.....	239
(i) Zusammenfassung von Zins- und Verlustvortrag	240
(ii) Synchronisation von Zins- und Verlustvortrag.....	241
5. Untergang des Zinsvortrags	242
(a) Aufgabe oder Übertragung des Betriebs oder Teilbetriebs	243
(b) Ausscheiden eines Mitunternehmers.....	244
(c) Untergang infolge von § 8c KStG	246
6. Besonderheiten im Zusammenhang mit Mitunternehmerschaften.....	247
(a) Spannungsfeld zwischen Betriebsbezogenheit der Zinsschranke und Transparenzprinzip	247
(b) Notwendigkeit einer verursachungsgerechten Zuteilung zu den Mitunternehmern	247
(c) Modelle einer verursachungsgerechten Zuteilung.....	249
(i) Einheitliche Ermittlung nicht abziehbarer Zinsaufwendungen.....	250
(1) Vorrang für Gesamthandsvermögen.....	250
(2) Vorrang für Sonderbetriebsvermögen	251
(3) Quotale Zuweisung nach der Höhe der Zinsaufwendungen.....	251
(4) Modifizierung der Gewinnverteilungsschlüssel	252
(ii) Getrennte Ermittlung nicht abziehbarer Zinsaufwendungen	253
(1) Zweistufige Ermittlung.....	253
(2) Parallele Ermittlung.....	254
VI. Maßnahmen zur Steigerung der Zielgenauigkeit	254
1. Freibetrag versus Freigrenze	255
2. Konzernklausel.....	257
(a) Grundsatz.....	257
(b) Tatsächliche oder mögliche Konsolidierung (§ 4h Abs. 3 S. 5 EStG)	258

(i) Grundsätze der Vollkonsolidierung nach HGB, IFRS und US-GAAP	258
(1) HGB	258
a) Konsolidierungspflicht	258
b) Einbeziehungswahlrechte	261
c) Größenabhängige Befreiungen	262
(2) IFRS	263
a) Konsolidierungspflicht	263
b) Einbeziehungswahlrechte	264
(3) US-GAAP	264
(ii) Erweiterter Konzernbegriff	264
(1) Konsequenzen eines erweiterten Konzernbegriffs	264
(2) Kritische Auseinandersetzung in Anbetracht des Regelungszwecks der Konzernklausel	266
a) Ausübung der Einbeziehungswahlrechte nach § 296 HGB für alle Tochterunternehmen	267
b) Größenabhängige Befreiung nach § 293 HGB	268
(iii) Bestimmung des maßgeblichen Rechnungslegungsstandards	270
(c) Einheitliche Bestimmung der Finanz- und Geschäftspolitik (§ 4h Abs. 3 S. 6 EStG)	274
(i) Konsequenzen der weitgehenden Anlehnung an IAS 27	274
(ii) Ausweitung des steuerlichen Konzernbegriffs in Abweichung von IAS 27	275
(1) Nicht-unternehmerische natürliche Personen und vermögensverwaltende Gesellschaften als Konzernspitze	275
(2) Gleichordnungskonzerne	277
(3) Betriebsaufspaltung	278
(4) GmbH & Co. KG	279
(d) Maßgeblicher Zeitpunkt für die Prüfung der Konzernzugehörigkeit	280
(e) Anteilmäßige Konzernzugehörigkeit	281
(f) Rückausnahme bei schädlicher Gesellschafter-Fremdfinanzierung (§ 8a Abs. 2 KStG)	284
(i) Brutto- versus Nettobetrachtung	285
(ii) Gesamt- versus Einzelbetrachtung	285
(iii) Systematische Verwerfungen	286
(1) Infizierung aller Zinsaufwendungen und Folgewirkungen	286
(2) Untauglichkeit des Nettozinsaufwands als Bezugsgröße	288
a) Fragwürdigkeit des Schädlichkeitsmaßstabs	288
b) Anreiz zur Ausweitung der Fremdfinanzierung	290

(3) Zusammenschau aller nachteiliger Effekte	290
(iv) (Weitere) Änderungen gegenüber § 8a KStG a. F.	292
(1) Wegfall der Fremdvergleichsmöglichkeit	292
(2) Wegfall der Ausnahmvorschrift für Kreditinstitute und der Freigrenze	292
(3) Belastungsvergleich	293
3. Eigenkapitalquotenvergleich	294
(a) Grundsatz	294
(b) Abgrenzung des Konsolidierungskreises	296
(i) Behandlung von Nicht-Betrieben im Sinne der Zinsschranke	297
(ii) Einfluss der Ausübung von Einbeziehungswahlrechten	298
(c) Ermittlung der Eigenkapitalquoten	299
(i) Maßgeblicher Rechnungslegungsstandard	299
(ii) Korrekturen des Eigenkapitals und der Bilanzsumme des Betriebs	300
(iii) Ausgewählte Problemfelder	302
(1) Behandlung des Beteiligungserwerbs	302
(2) Beteiligungsbuchwertkürzung	303
a) Vermeidung von Kaskadeneffekten als Ausgangspunkt	303
b) Implikationen und Bewertung	304
c) Lösungsalternativen	305
(3) Besonderheiten bei Personengesellschaften	306
(d) Rückausnahme bei schädlicher Gesellschafter-Fremdfinanzierung (§ 8a Abs. 3 KStG)	307
(i) Grundtatbestand	307
(ii) Zweifelsfragen hinsichtlich des Anwendungsbereichs	308
(1) Behandlung nicht in den Konzernabschluss aufzunehmender konzernzugehöriger Betriebe	308
(2) Behandlung von konzernzugehörigen Nicht-Betrieben im Sinne der Zinsschranke	309
(iii) Reichweite der Nachweispflicht	310
(1) Kritik an Nachweispflicht für alle Konzerngesellschaften	310
(2) Möglichkeiten und Grenzen einer Einschränkung der Nachweispflicht	312
a) Einschränkung auf unmittelbare konzerninterne Darlehensgeber	312
b) Ausschluss unbedeutender Konzerngesellschaften	312
(iv) Ermittlung der 10 %-Grenze	313
(1) Individuelle versus einheitliche 10 %-Grenze	313
a) Auslegung nach dem Gesetzeswortlaut	314

b) Vergleich der Wirkungen.....	314
c) Systematische Überlegungen.....	315
(2) Brutto- versus Nettobetrachtung.....	318
4. Fremdvergleich.....	318
5. Vortrag nicht genutzten Zinsabzugspotentials (EBITDA-Vortrag).....	320
(a) Instrument zur Berücksichtigung intertemporaler Effekte	320
(b) Verhältnis zu den Ausnahmetatbeständen	321
(c) Verbliebene Problemfelder	322
VII. Möglichkeiten zur Vermeidung der Doppelbelastung.....	323
1. Effektive Steuerbelastung unter Berücksichtigung der Besteuerung beim Zinsempfänger.....	323
2. Zinsabzugsbeschränkung ohne Rekurs auf Besteuerung im Empfängerstaat.....	326
3. Innergemeinschaftliche Abstimmung der Zinsabzugsbeschränkungen	327
D. Aktivgrenze (Standardverzinsung des Aktivvermögens)	329
I. Grundkonzeption und Ausgestaltungsalternativen	329
II. Grundmodell ohne Standardverzinsung.....	331
1. Abgrenzung des qualifizierten Aktivvermögens.....	331
(a) Abstrakte Aktivierungsfähigkeit als Ausgangspunkt	331
(b) Verhältnis der Begriffe „Vermögensgegenstand“ und „Wirtschaftsgut“	334
(c) Mögliche Modifikationen infolge vom Aktivierungsgrundsatz abweichender Aktivierungsverbote und -gebote	335
(i) Aktivierungsverbote für Vermögensgegenstände	336
(1) Bedeutung des Vorsichtsprinzips	337
(2) Bedeutung der mangelnden Objektivierbarkeit der Bewertung	338
(ii) Aktivierungsgebote für Nicht-Vermögensgegenstände	339
2. Bewertung des Aktivvermögens	341
(a) Wertansatz	341
(b) Ermittlungszeitpunkt.....	342
(c) Klasseneinteilung und Zuordnung der Schuldendeckungsquoten	342
3. Implikationen	344
III. Erweiterung um eine Standardverzinsung des Aktivvermögens	346
1. Hintergrund und Systematik.....	346
2. Bewertung	347
IV. Alternativansatz zur Typisierung des Verhaltens eines unbeteiligten Kreditgebers.....	348
1. Ausgestaltung von Financial Covenants als möglicher Indikator.....	348
2. Typische Klauseln von Financial Covenants	350
(a) Eigenkapitalausstattung.....	351
(b) Verschuldungsgrad	352

(c) Zinsdeckungszahlen.....	352
(d) Liquiditätskennzahlen.....	353
3. Kritische Würdigung der Orientierung an praxisüblichen Financial Covenants	354
(a) Bestimmung eines geeigneten Kriteriums	354
(b) Einfluss individueller Verhältnisse auf die Ausgestaltung von Financial Covenants	354
(c) Eingeschränkte Übertragbarkeit der Höhe nach.....	355
(d) Legitimationsfähigkeit verschiedener Modelle dem Grunde nach.....	356
E. Kombinationsmöglichkeiten verschiedener Modelle	357
I. Systematische Vorüberlegungen zu Kombinationsformen.....	357
II. Kombination verschiedener Verschuldungsgrade	358
III. Kombination der Ergebnsgrenze mit anderen Modellen	359
1. Notwendigkeit einer Kombination (als Ersatz für den Eigenkapitalquotenvergleich).....	359
2. Bewertung möglicher Kombinationen	360
(a) Ergebnsgrenze und individueller Verschuldungsgrad	361
(b) Ergebnsgrenze und differenzierte Aktivagrenze	362
Teil V Fazit.....	365
Anhang	371
Literaturverzeichnis.....	377
Rechtsquellenverzeichnis	455
Rechtsprechungsverzeichnis	463
Verzeichnis der Verwaltungsanweisungen	479

Abkürzungsverzeichnis

a. A.	anderer Ansicht
a. F.	alte Fassung
ABl. EG	Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften
ABl. EU	Amtsblatt der Europäischen Union
Abs.	Absatz
ADS	Adler/Düring/Schmaltz (Kommentar)
AfA	Absetzung für Abnutzung
AG	Aktiengesellschaft (Rechtsform) / Die Aktiengesellschaft (Zeitschrift)
Anm.	Anmerkung
AO	Abgabenordnung
Art.	Artikel
AStG	Außensteuergesetz
BB	Betriebs-Berater (Zeitschrift)
BDI	Bundesverband der Deutschen Industrie e. V.
ber.	berichtigt(e/er/es)
BFH	Bundesfinanzhof
BFH/NV	Sammlung nicht veröffentlichter Entscheidungen des BFH (Zeitschrift)
BFuP	Betriebswirtschaftliche Forschung und Praxis (Zeitschrift)
BGB	Bürgerliches Gesetzbuch
BGBI.	Bundesgesetzblatt
BGHZ	Entscheidungen des Bundesgerichtshofs in Zivilsachen (Zeitschrift)
BIFD	Bulletin of Fiscal Documentation (Zeitschrift)
BilMoG	Gesetz zur Modernisierung des Bilanzrechts
BKR	Zeitschrift für Bank- und Kapitalmarktrecht (Zeitschrift)
BMF	Bundesministerium der Finanzen
BMF-Schreiben	Schreiben des Bundesministeriums der Finanzen
BR-Drs.	Bundesratsdrucksache
bspw.	beispielsweise
BStBl.	Bundessteuerblatt
BT-Drs.	Bundestagsdrucksache
BTR	British Tax Review (Zeitschrift)
BVerfG	Bundesverfassungsgericht
BVerfGE	Amtliche Sammlung von Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts
bzw.	beziehungsweise

CCCTB	<i>common consolidated corporate tax base</i> (Gemeinsame Konsolidierte Körperschaftsteuer-Bemessungsgrundlage)
CBIT	<i>comprehensive business income tax</i>
CFC	<i>controlled foreign company/companies</i>
CGI	Code Général des Impôts (französisches Allgemeines Steuergesetzbuch)
CIR	Code de impôts sur les revenus (belgisches Einkommensteuergesetzbuch)
CZK	Tschechische Krone(n)
d. h.	das heißt
DB	Der Betrieb (Zeitschrift)
DBA	Doppelbesteuerungsabkommen
DBG	Bundesgesetz über die direkte Bundessteuer (schweizerisches Steuergesetzbuch)
DFI	Derivatives & Financial Instruments (Zeitschrift)
Diss.	Dissertation
DK	Der Konzern (Zeitschrift)
DKK	Dänische Krone(n)
DStJG	Deutsche Steuerjuristische Gesellschaft
DStR	Deutsches Steuerrecht (Zeitschrift)
DStZ	Deutsche Steuer-Zeitung (Zeitschrift)
DSWR	Datenverarbeitung, Steuer, Wirtschaft, Recht (Zeitschrift)
EBIT	<i>earnings before interest and taxes</i>
EBITDA	<i>earnings before interest, taxes, depreciation and amortization</i>
EFG	Entscheidungen der Finanzgerichte (Zeitschrift)
EG	Europäische Gemeinschaft(en) / Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft
EGV	Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft
endg.	endgültig
Est	Einkommensteuer
EstB	Der Ertrag-Steuer-Berater (Zeitschrift)
EstG	Einkommensteuergesetz
EstR	Einkommensteuer-Richtlinien
ET	European Taxation (Zeitschrift)
EU	Europäische Union
EuGH	Europäischer Gerichtshof
EURIBOR	European Interbank Offered Rate
EUV	Vertrag über die Europäische Union
EuZW	Europäische Zeitschrift für Wirtschaftsrecht (Zeitschrift)

evtl.	eventuell
EWS	Europäisches Wirtschafts- und Steuerrecht – Betriebs-Berater für Europa-recht (Zeitschrift)
F.	Fach
f.	folgende
ff.	fortfolgende
FAS	Financial Accounting Standard(s)
FG	Finanzgericht
Fn.	Fußnote
FR	Finanz-Rundschau (Zeitschrift)
FS	Festschrift
GA	Generalanwältin/Generalanwalt
gem.	gemäß
GewSt	Gewerbsteuer
GewStDV	Gewerbsteuer-Durchführungsverordnung
GewStG	Gewerbsteuergesetz
GewStR	Gewerbsteuer-Richtlinien
GG	Grundgesetz
ggf.	gegebenenfalls
GmbH	Gesellschaft mit beschränkter Haftung (Rechtsform)
GmbHR	GmbH-Rundschau (Zeitschrift)
GmbH-StB	Der GmbH-Steuer-Berater (Zeitschrift)
Gr.	Gruppe
grds.	grundsätzlich
GrS	Großer Senat
GS	Gedächtnisschrift
h. M.	herrschende(r) Meinung
Habil.	Habilitation
HFR	Höchstrichterliche Finanzrechtsprechung (Zeitschrift)
HGB	Handelsgesetzbuch
Hrsg.	Herausgeber
Hs.	Halbsatz
i. d. F.	in der Fassung
i. d. R.	in der Regel
i. H. v.	in Höhe von

i. S. d.	im Sinne der/des
i. V. m.	in Verbindung mit
IAS	International Accounting Standard(s)
IDW	Institut der Wirtschaftsprüfer in Deutschland e. V.
IFA	International Fiscal Association
IFA CSS	IFA Congress Seminar Series
IFRS	International Financial Reporting Standard(s)
IFSC	International Financial Service Centre
IFSt	Institut für Finanzen und Steuern
InsO	Insolvenzordnung
Intertax	International Tax Review – Intertax (Zeitschrift)
IRC	Internal Revenue Code (Bundessteuergesetz der USA)
ISrR	Internationales Steuerrecht (Zeitschrift)
ITPJ	International Transfer Pricing Journal (Zeitschrift)
IWB	Internationale Wirtschaftsbriefe (Zeitschrift)
Jur. Bl.	Juristische Blätter (Zeitschrift)
KoR	Zeitschrift für internationale und kapitalmarktorientierte Rechnungslegung (Zeitschrift)
KSt	Körperschaftsteuer
KStG	Körperschaftsteuergesetz
KStR	Körperschaftsteuer-Richtlinien
KWG	Gesetz über das Kreditwesen – Kreditwesengesetz
LBO	<i>leveraged buy-out</i>
LIS	Ley del Impuesto sobre Sociedades (spanisches Körperschaftsteuergesetz)
m. w. N.	mit weiteren Nachweisen
MoMiG	Gesetz zur Modernisierung des GmbH-Rechts und zur Bekämpfung von Missbräuchen
MTRL	Mutter-Tochter-Richtlinie
n. F.	neue Fassung
n. v.	nicht veröffentlicht
NJW	Neue Juristische Wochenschrift (Zeitschrift)
No.	Nummer (<i>number</i>)
nrkr.	nicht rechtskräftig
Nr.	Nummer

o. a.	oben aufgeführte(n/r/s)
o. g.	oben genannte(n/r/s)
OECD	Organisation for Economic Co-operation and Development
OECD-MA	OECD-Musterabkommen
ÖJT	Österreichischer Juristentag
ÖStZ	Österreichische Steuer-Zeitung (Zeitschrift)
OFD	Oberfinanzdirektion
PiR	Praxis der internationalen Rechnungslegung (Zeitschrift)
Rev.	Revision
RFH	Reichsfinanzhof
RIW	Recht der Internationalen Wirtschaft (Zeitschrift)
ROHG	Reichsoberhandelsgericht
ROHGE	Entscheidungen des Reichs-Oberhandelsgerichts (Zeitschrift)
Rs.	Rechtssache
RWZ	Zeitschrift für Recht und Rechnungswesen (Zeitschrift)
Rz.	Randziffer(n)
s.	siehe
S.	Satz / Seite(n)
s. a.	siehe auch
S:R	Status:Recht (Zeitschrift)
SEL	Selskabsskatteloven (dänisches Körperschaftsteuerrecht)
SKK	Slowakische Krone(n)
Slg.	Amtliche Sammlung der EuGH-Entscheidungen
sog.	so genannte(n/r/s)
Sp.	Spalte
StandOG	Standortsicherungsgesetz
StB	Der Steuerberater (Zeitschrift)
StbJb	Steuerberater-Jahrbuch
Stbg	Die Steuerberatung (Zeitschrift)
StBp	Die steuerliche Betriebsprüfung (Zeitschrift)
StKongrRep	Steuer-Kongress-Report
StuB	Steuern und Bilanzen (Zeitschrift)
StuW	Steuer und Wirtschaft (Zeitschrift)
SWI	Steuer & Wirtschaft International (Zeitschrift)
SWK	Steuer- und Wirtschaftskartei (Zeitschrift)

TMI Forum	Tax Management International Forum (Zeitschrift)
TNI	Tax Notes International (Zeitschrift)
TPI Review	Tax Planning International Review (Zeitschrift)
TUIR	testo unico delle imposte sui redditi (italienischer Einheitstext der Steuern auf das Einkommen)
Tz.	Teilziffer
u. a.	unter anderem
u. d. T.	unter dem Titel
Ubg	Die Unternehmensbesteuerung (Zeitschrift)
UmwStG	Umwandlungssteuergesetz
USA	United States of America (Vereinigte Staaten von Amerika)
v.	vom
vGA	verdeckte Gewinnausschüttung
vgl.	vergleiche
Vol.	<i>volume</i>
VZ	Veranlagungszeitraum
Wet VpB	Wet op de vennootschapsbelasting 1969 (niederländisches Körperschaftsteuergesetz)
WIB	Wetboek der inkomstenbelastingen (belgisches Einkommensteuergesetzbuch)
WM	Wertpapier-Mitteilungen (Zeitschrift)
WPg	Die Wirtschaftsprüfung (Zeitschrift)
WTD	Worldwide Tax Daily
WZ	Wirtschaftszweig
z. B.	zum Beispiel
ZBB	Zeitschrift für Bankrecht und Bankwirtschaft (Zeitschrift)
ZBstA	Zinsbesteuerungsabkommen
ZfB	Zeitschrift für Betriebswirtschaft (Zeitschrift)
ZfbF	Zeitschrift für betriebswirtschaftliche Forschung (Zeitschrift)
ZHR	Zeitschrift für das gesamte Handelsrecht und Wirtschaftsrecht (Zeitschrift)
ZIP	Zeitschrift für Wirtschaftsrecht (Zeitschrift)
ZLRL	Zins- und Lizenzgebühren-Richtlinie
ZSR	Zeitschrift für schweizerisches Recht (Zeitschrift)

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Entwicklung der nominellen Unternehmensteuersätze innerhalb der EU und der OECD von 1999 bis 2008.....	109
Abbildung 2: Mindesteigenkapitalquote bei verschiedenen Konzeptionen eines Verschuldungsgrads in Höhe von 4:1.....	169
Abbildung 3: Wirkung der Zinsabzugsbeschränkung bei Abgrenzungskongruenz eines globalen Verschuldungsgrads.....	172
Abbildung 4: Renditen bei einem gesetzlichen Höchstverschuldungsgrad in Höhe von 4:1.....	177
Abbildung 5: Entwicklung der Eigenkapitalquoten aller Wirtschaftszweige von 1994 bis 2005 nach der Unternehmensbilanzstatistik der Deutschen Bundesbank.....	181
Abbildung 6: Quartilswerte der Eigenkapitalquoten aller Rechtsformen und Wirtschaftszweige im Jahr 2005 nach der Unternehmensbilanzstatistik der Deutschen Bundesbank.....	183
Abbildung 7: Quartilswerte der Eigenkapitalquoten von Kapital- und Nichtkapitalgesellschaften aller Wirtschaftszweige im Jahr 2005 nach der Unternehmensbilanzstatistik der Deutschen Bundesbank.....	184
Abbildung 8: Median der Eigenkapitalquoten in den verschiedenen Ratingklassen nach dem Branchenrating der DATEV eG.....	186
Abbildung 9: Median der Eigenkapitalquoten von Unternehmen der untersten drei Ratingklassen nach dem Branchenrating der DATEV eG.....	187
Abbildung 10: Vergleich der unterstellten Mindesteigenkapitalquote und der tatsächlichen Eigenkapitalquote für alle Unternehmen nach dem Branchenrating der DATEV eG.....	216
Abbildung 11: Belastungswirkung infolge der temporären Abzugsbeschränkung bei vollumfänglicher Nutzung des Zinsvortrags.....	235
Abbildung 12: Belastungswirkung infolge der temporären Abzugsbeschränkung bei ratierlicher Nutzung des Zinsvortrags.....	236
Abbildung 13: Zusammenhang zwischen Nettozinsaufwand und effektivem Steuersatz unter Berücksichtigung von § 8a Abs. 2 KStG.....	291
Abbildung 14: Effektive Steuerbelastung für Zinszahlungen bei Anwendbarkeit der Zinsschranke.....	324
Abbildung 15: Neutralität zwischen grenzüberschreitender Eigen- und Gesellschafterfremdfinanzierung.....	325

Formelverzeichnis

Formel 1:	Frankreich – Berechnung des zulässigen Zinsaufwands nach der Verschuldungsgrad-Grenze	125
Formel 2:	Frankreich – Berechnung des zulässigen Zinsaufwands nach der Ergebnisgrenze	125
Formel 3:	Niederlande – Berechnung des maximal abzugsfähigen Zinsaufwands nach dem <i>fixed ratio test</i>	138
Formel 4:	Mindesteigenkapitalquote zu Marktwerten in Abhängigkeit vom Buchwert-Marktwert-Verhältnis.....	190
Formel 5:	Unterstellte Mindesteigenkapitalquote der 30 %-Grenze des § 4h Abs. 1 EStG (1)	214
Formel 6:	Unterstellte Mindesteigenkapitalquote der 30 %-Grenze des § 4h Abs. 1 EStG (2)	216
Formel 7:	Bedingung für größere Restriktionswirkung des § 4h EStG gegenüber § 8a KStG a. F.	222
Formel 8:	Arbitragesteuersatz für die Anreizwirkung zur Ergebnisverlagerung ins Inland	224
Formel 9:	Effektive Steuerbelastung für Zinszahlungen bei Anwendbarkeit der Zinsschranke	324
Formel 10:	Bedingung für die Neutralität von grenzüberschreitender Eigen- und Gesellschafterfremdfinanzierung.....	325

Tabellenverzeichnis

Tabelle 1:	Länderüberblick über Unterkapitalisierungsregelungen.....	114
Tabelle 2:	Komponenten internationaler Vorschriften zur Zinsabzugsbeschränkung (1).....	158
Tabelle 3:	Komponenten internationaler Vorschriften zur Zinsabzugsbeschränkung (2).....	159
Tabelle 4:	Abgrenzung der einer Beschränkung unterliegenden Zinsaufwendungen in Abhängigkeit vom Tatbestandskonzept.....	160
Tabelle 5:	Intertemporale Komponenten in Abhängigkeit vom Tatbestandskonzept	161
Tabelle 6:	Abgrenzung des relevanten Fremd- und Eigenkapitals eines Verschuldungsgrads auf der Tatbestandsebene	164
Tabelle 7:	Abgrenzung der relevanten Zinsaufwendungen eines Verschuldungsgrads auf der Rechtsfolgenebene	165
Tabelle 8:	Zusammenhang zwischen der Konzeption eines Verschuldungsgrads und der unterstellten Mindesteigenkapitalquote	168
Tabelle 9:	Implizierte maximale Eigenkapitalrenditen infolge der Begrenzung des Verschuldungsgrades	176
Tabelle 10:	Entwicklung der Eigenkapitalquoten in den verschiedenen Wirtschaftszweigen von 1997 bis 2005 nach der Unternehmensbilanzstatistik der Deutschen Bundesbank	181
Tabelle 11:	Mindesteigenkapitalquote zu Marktwerten in Abhängigkeit vom gesetzlichen Höchstverschuldungsgrad bei verschiedenen Buchwert- Marktwert-Verhältnissen	190
Tabelle 12:	Ermittlung des Ergebnisses vor Verlustabzug nach dem Grundtatbestand der Zinsschranke.....	194
Tabelle 13:	Abkommensrechtliche Behandlung gewinnabhängiger Vergütungen in Abhängigkeit vom Rechtsfolgenkonzept einer Unterkapitalisierungsregelung.....	209
Tabelle 14:	Vergleich der Eigenkapitalquote und der unterstellten Mindesteigenkapitalquote in ausgewählten Wirtschaftszweigen nach dem Branchenrating der DATEV eG	218
Tabelle 15:	Bedingung für die Eröffnung des Wirkungsbereichs der verschiedenen Konzeptionen eines Verschuldungsgrads	220
Tabelle 16:	Bedingung für die Eröffnung des Wirkungsbereichs der verschiedenen Konzeptionen einer Ergebnisgrenze	221
Tabelle 17:	Kritische Werte des Anteils der Gesellschafterfremdfinanzierung im Vergleich der Restriktionswirkungen von § 4h EStG und § 8a KStG a. F. ..	223

Tabelle 18:	Arbitragesteuersätze in Abhängigkeit von der Zinsschrankenhöhe	225
Tabelle 19:	Zusammenwirken von Zinsvortrag und Freigrenze bei Modifikation des § 4h Abs. 1 S. 3 EStG (ohne Folgeanpassung).....	229
Tabelle 20:	Zusammenwirken von Zinsvortrag und Freigrenze de lege lata und de lege ferenda.....	231
Tabelle 21:	Belastungswirkung infolge der temporären Abzugsbeschränkung bei vollumfänglicher Nutzung des Zinsvortrags für ausgewählte Zinssätze	235
Tabelle 22:	Belastungswirkung infolge der temporären Abzugsbeschränkung bei ratierlicher Nutzung des Zinsvortrags für ausgewählte Zinssätze	236
Tabelle 23:	Korrekturen des Eigenkapitals und der Bilanzsumme des Betriebs für den Eigenkapitalquotenvergleich des § 4h Abs. 2 S. 1 lit. c) EStG	301
Tabelle 24:	Einteilung der Vermögensklassen nach der schweizerischen Zinsabzugsbeschränkung	343
Tabelle 25:	Einteilung der Vermögensklassen nach dem US-amerikanischen Treasury Proposal	344
Tabelle 26:	Synopse grundlegender Eigenschaften der Modelle eines Verschuldungsgrads.....	371
Tabelle 27:	Synopse grundlegender Eigenschaften der Modelle einer Ergebnisgrenze...	372
Tabelle 28:	Synopse grundlegender Eigenschaften der Modelle einer Aktivagrenze	373

Verzeichnis verwendeter Variablen

a	Anlagenintensität; definiert als: $a = \frac{\text{Anlagevermögen}}{\text{Gesamtkapital (GK)}}$
α	Anteil der Abschreibungen an der Gesamtleistung (Summe aus Umsatzerlösen, Bestandsveränderung und der aktivierungsfähigen Eigenleistung)
\hat{A}^d	differenzierte Aktivagrenze
\hat{A}^e	einfache Aktivagrenze
\hat{A}^s	(Aktivagrenze nach der) Standardverzinsung des Aktivvermögens
AfA	Absetzung für Abnutzung
b	Beteiligungshöhe (des wesentlich beteiligten Anteilseigners)
BMR	Buchwert-Marktwert-Verhältnis (<i>book-to-market-ratio</i>); definiert als: Verhältnis des Eigenkapitals zu Buchwerten zum Eigenkapital zu Marktwerten
d	(durchschnittliche) Abschreibungsrate
\hat{E}^s	spezifische Ergebnisgrenze
\hat{E}^u	umfassende Ergebnisgrenze
$EBIT$	<i>earnings before interest and taxes</i> ; definiert als: maßgebliches Ergebnis vor Zinsen und Steuern
$EBITDA$	<i>earnings before interest, taxes, depreciation and amortization</i> ; definiert als: maßgebliches Ergebnis vor Zinsen, Steuern und Abschreibungen
EBT	<i>earnings before taxes</i> ; definiert als: maßgebliches Ergebnis vor Steuern
EK	Eigenkapital
EKQ	Eigenkapitalquote; definiert als: $EKQ = \frac{EK}{GK}$
EKQ^{\min}	Mindesteigenkapitalquote (zu Buchwerten)
EKQ_{MW}^{\min}	Mindesteigenkapitalquote zu Marktwerten

f Anteil des Gesellschafterfremdkapitals am gesamten Fremdkapital, d. h.

$$f = \frac{FK^G}{FK}$$

FK Fremdkapital

FK_{netto} Netto-Fremdkapital (Differenz zwischen aufgenommenem und gewährtem Fremdkapital)

FK^G Gesellschafterfremdkapital

FK^N Nichtgesellschafterfremdkapital

GK Gesamtkapital

i Fremdkapitalzinssatz

\tilde{i} gewichteter durchschnittlicher Fremdkapitalzinssatz

\bar{i} gesetzlich festgelegter Standardzinssatz

r_{EK} Eigenkapitalrendite (vor Steuern); definiert als: $r_{EK} = \frac{EBT}{EK}$

r_{EK}^s Eigenkapitalrendite (nach Steuern); definiert als: $r_{EK}^s = \frac{EBT \cdot (1 - s_{eff})}{EK}$

r_{GK} Gesamtkapitalrendite (vor Steuern); definiert als: $r_{GK} = \frac{EBIT}{GK}$

r_{GK}^s Gesamtkapitalrendite (nach Steuern); definiert als: $r_{GK}^s = \frac{EBIT - s_{eff} \cdot EBT}{GK}$

r_U Umsatzrendite; definiert als: $r_U = \frac{EBIT}{\text{Gesamtleistung}}$

s_A ausländischer Steuersatz

s_{eff} effektiver Steuersatz

s_I inländischer Steuersatz

s_{ZE} Steuersatz des Zinsempfängers

V Verschuldungsgrad; definiert als $V = \frac{FK}{EK}$

\hat{V} maximal zulässiger Verschuldungsgrad (zu Buchwerten)

\hat{V}^e	einheitlich-individueller Verschuldungsgrad
\hat{V}^g	globaler Verschuldungsgrad
\hat{V}^i	individueller Verschuldungsgrad
Z	Zinsaufwendungen
Z_{netto}	Nettozinsaufwand (Differenz aus Zinsaufwendungen und Zinserträgen)
\hat{Z}	(maximal) zulässiger Zinsaufwand
\bar{Z}	nicht abzugsfähiger Zinsaufwand
Z^G	Zinsaufwendungen für Gesellschafterfremdkapital
Z_{netto}^G	Nettozinsaufwand für Fremdkapital von/an Gesellschafter
\hat{Z}^G	(maximal) zulässiger Zinsaufwand für Gesellschafterfremdkapital
\hat{Z}_E^G	(maximal) zulässiger Zinsaufwand für Gesellschafterfremdkapital nach der Ergebnisgrenze
\hat{Z}_V^G	(maximal) zulässiger Zinsaufwand für Gesellschafterfremdkapital nach der Verschuldungsgrad-Grenze
Z^N	Zinsaufwendungen für Nichtgesellschafterfremdkapital